

# Impuls

Service Public



Die Zeitschrift der JCVP Kanton Luzern



 **jcvp**  
Kanton Luzern

**Erfrischend  
konstruktiv!**

Dez. 2017 / 4. Ausgabe

# Inhalt

<b>Editorial</b>	3
<b>JCVP aktuell</b>	
Rückblick auf sechs spannende Jahre	4
Der neue JCVP-Präsident stellt sich vor	5
Die JCVP Kriens an der Chilbi/ Weihnachtsaktion am 23. Dez.	7
<b>Thema</b>	
Billag – No Billag – Was ist die Billag?	8
Der Schweizer Service Public in der Übersicht	9
Service Public und die SRG	11
<b>Hintergrund</b>	
Mit der JCVP nach Israel	14
200 Jahre Philipp Anton von Segesser (1817-1888)	18
Sebastian Kurz als Wegweiser für die CVP	20
<b>Gesichter der JCVP</b>	
Lara Helfenstein	23
<b>Gastkolumne von Martin Candinas</b>	
Nein zu einer Medienwüste Schweiz – Nein zu No-Bilag	24
<b>Patronatskomitee</b>	26
<b>Impressum</b>	26

**Liebe Leserin, lieber Leser**

**Die Produktion des Jmpuls ist stets mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden. Deshalb erlauben wir uns, dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein beizulegen. Es freut uns, wenn Sie auf diese Weise die jährlichen Abbonnementskosten von Fr. 10.- begleichen. Selbstverständlich darf auch ein höherer Betrag überwiesen werden. Nur mit Ihrer Hilfe ist es uns möglich, den Jmpuls herauszugeben. Gerne liefern wir Ihnen weiterhin interessante und abwechslungsreiche Texte aus Politik und Gesellschaft nach Hause und danken Ihnen bereits im Voraus herzlich für Ihre Einzahlung!**

## Editorial

*Von Severin Zumbühl*

### Wechsel an der Spitze der JCVP Luzern

An der vergangenen Generalversammlung hat Tobias Käch in seinem Wohnort Emmen das Präsidium der JCVP Luzern an Elias Meier weitergegeben. Tobi hatte dieses Amt seit 2011 inne; nicht nur für JCVP-Verhältnisse ist das eine sehr lange Zeit! Er führte sein Amt mit einem beispielhaften Engagement für die JCVP und einer sehr umgänglichen, konziliannten Art. In seine Amtszeit fielen ca. 24 Kantonalversammlungen, viele Vorstandssitzungen, eine Delegiertenversammlung der JCVP Schweiz und unzählige Wahlkampf- und Abstimmungsveranstaltungen. Natürlich kam bei Tobi auch der gesellschaftliche Teil nicht zu kurz. Wir freuen uns, dass er der JCVP als Vorstandsmitglied noch eine Zeitlang erhalten bleibt! In dieser Ausgabe hält er Rückblick über seine Amtszeit, und unser neuer Präsident Elias Meier stellt sich und seine Ziele vor.

### Service public

In der Schweizer Politik erhalten manche Begriffe durch ihre wiederkehrende Benutzung in verschiedenen politischen Diskussionsthemen eine symbolische Bedeutung. „Service public“ ist so ein Begriff. Immer wieder dient er als Schlüsselbegriff in einem ganzen Strauss von politischen Themen, zuletzt bei der abgelehnten „Pro-Service public-Initiative“. Im März kommt die „No-Billag“-Initiative zur Abstimmung, die die Abschaffung der Billag-Empfangsgebühren und ein Verbot der



Severin Zumbühl, Redaktionsleiter

Subventionierung von Radio- und Fernsehstationen fordert. Sofort wurde die Diskussion unter den Überbegriff „Pro oder contra SRG und Service public“ gestellt, weil die Gegner der Initiative (u.a. die CVP) zu recht befürchten, dass der Service public beim Radio- und Fernsehangebot nicht mehr sichergestellt werden könnte. Höchste Zeit also, dass wir eine Impuls-Ausgabe dem Service public widmen!

Ausserdem berichten Esther Hagmann und Seraina Duss über ihre Reise nach Israel, und wir porträtieren den österreichischen Jungpolitiker Sebastian Kurz und fragen uns, was sein Wahlerfolg für die (J)CVP bedeutet.

Zum Schluss: In diesem Jahr jährt sich der 200. Geburtstag von Philipp Anton von Segesser. Der Luzerner Staatsmann und Nationalrat war eine wichtige Leitfigur der Konservativen. Mike Bacher geht in einem Beitrag diesem Politiker und Verfechter des Föderalismus nach.

## Rückblick auf sechs spannende Jahre

Von Tobias Käch

Etwas mehr als 6 Jahre durfte ich der Jungen Christlichdemokratischen Volkspartei des Kantons Luzern vorstehen. Es war für mich eine schöne, intensive und lehrreiche Zeit, auf die ich immer gerne zurückblicken werde. In finanziell stürmischen Zeiten habe ich als frisches Vorstandsmitglied das Ruder der Partei übernommen, da die Wahlen 2011 tiefe Spuren in der Kasse der JCVP hinterlassen hatten. Meine erste Generalversammlung nach drei Monaten war einer „Chropfleereite“ gleichzusetzen. Einige Mitglieder waren mit unserem Wahlkampf oder einzelnen Aktionen unzufrieden und wir hatten ein grosses Loch in unserer Kasse zu beklagen. Wir haben viele Punkte aufgenommen und in den nachfolgenden Jahren versucht, daraus zu lernen und die gleichen Fehler nicht mehr zu machen. Seit da weiss ich, dass eine Partei immer eine Baustelle ist, auf der man arbeiten darf und dass auch immer muss.

Ich durfte in dieser Zeit vieles lernen, viel Spannendes erleben. Begonnen hat es mit Negativem, der Auflösung von Wahlkreisparteien in Sursee und Luzern. Wir haben dann vom kantonalen Vorstand her versucht, diese Parteien wieder zu beleben. Erfolgreich wurde dies aber erst, als Leute von den entsprechenden Orten ins Boot kamen und das Ruder und damit Verantwortung für die JCVP übernahmen. Mit grosser Freude und auch ein bisschen Stolz durfte ich dabei sein, als die JCVP



**Tobias Käch, ehemaliger Präsident  
JCVP Kanton Luzern**

Sursee wieder gegründet wurde und als die JCVP der Stadt Luzern wieder gegründet wurde. Auch auf kantonaler Ebene durfte ich der JCVP Kanton Nidwalden und JCVP Kanton Zug bei ihren Gründungsbestrebungen mithelfen und dazu beitragen, dass es in diesen Kantonen wieder organisierte JCVP-Sektionen gibt.

Seit den Einwohnerratswahlen 2008, bei denen ich mit etwas Glück gewählt wurde, habe ich keine Wahl ausgelassen. Nationalratswahlen 2011, Einwohnerratswahlen 2012, Kantonsratswahlen 2015, Nationalratswahlen 2015 und Einwohnerratswahlen 2016. Zugegeben, teilweise mit dem Olympischen Motto, haben wir unseren Wahlkampf so betrieben, dass die JCVP wahrgenommen wurde und wir uns einbringen und präsentieren konnten. Wahlen sind immer eine Chance, neue Mitglieder zu finden, die dann auch in einem Vor-

stand Verantwortung für die Partei übernehmen.

In dieser Zeit durfte ich die JCVP gegenüber der JCVP Schweiz vertreten, und dort mit drei Präsidenten zusammenarbeiten. Eine besondere Freude war mir die Zeit, in der mit Jean-Pascal Ammann ein Luzerner, ein Emmer Präsident der JCVP Schweiz war. Unzählige Versammlungen an schönen Orten in der Schweiz, mal etwas besser, mal etwas schlechter mit dem öV erschlossen, habe ich aktiv besucht und die Anliegen aus Luzern auf Schweizerischer Ebene eingebracht.

Den Austausch mit der CVP des Kantons Luzern habe ich immer sehr geschätzt: auch hier durfte ich mit drei Präsidenten zusammenarbeiten, wobei ich beim letzten vor allem in der Kommission mitarbeiten durfte, die ihn der Delegiertenversamm-

lung vorgeschlagen hatte. Eine ganz spannende Erfahrung für mich, denn das hat mir einen Blick hinter die Parteikulis- sen der CVP des Kantons Luzern ermög- licht.

Es gibt noch viel zu diskutieren und es gibt vor allem noch viel zu erarbeiten, zu ver- ändern und anzupassen. Ich freue mich, immer noch ein wenig in der JCVP mitar- beiten zu dürfen und dann in einem Jahr dann ganz aus dem Vorstand auszuschei- den und „nur“, und dass meine ich wirklich in Anführungs- und Schlusszeichen, mich „nur“ noch in der CVP zu engagieren.

Ich durfte viele spannende Persönlichkei- ten in Partei und Vorstand kennen lernen. Euch alle. Vielen Dank! Ich freue mich weiterhin auf viele Begegnungen mit Euch, sei dies privat oder auch politisch.

## **Der neue JCVP-Präsident stellt sich vor**

**An der GV vom 10. November wurde Elias Meier als Nachfolger von Tobias Käch gewählt. An dieser Stelle stellt er sich vor und präsentiert als neuer JCVP-Präsident seine politischen Ziele!**

*Von Elias Meier*

**Über mich** – Mein Name ist Elias Meier, ich wurde am 14. Oktober 1990 in Luzern geboren und wohne in Oberkirch zusam- men mit meiner Frau Selina, unseren beiden Söhnen Janoah (5) und Nemiah (1). Ich arbeite bei der Schifffahrtsgesell



**Elias Meier, Präsident  
JCVP Kanton Luzern**

schaft des Vierwaldstättersees (SGV) AG als Teamleiter IT und studiere nebenbei Wirtschaftsinformatik am IBAW in Luzern. Schon seit einiger Zeit bin ich politisch aktiv, und betätige mich dabei in folgenden Gremien:

- Vorstand der JCVP Kanton Luzern
- Vorstand der JCVP Wahlkreis Sursee
- Delegierter der JCVP Schweiz
- Vorstand der CVP Oberkirch
- Vorstand der CVP Wahlkreis Sursee
- Mitglied der Planungs- und Baukommission (PBK) Oberkirch
- Leiter der Begleitgruppe Asyl in Oberkirch
- Mitglied der Arbeitsgruppe Familienpolitik der CVP Schweiz

**Mein neues Amt** – Dank dem Engagement meines Vorgängers Tobias Käch, sowie dem Vorstand befindet sich die JCVP Kanton Luzern auf sehr gutem Kurs. Die Wahlen 2015 brachten zusätzlichen Aufwind und sorgten für die Neugründung der JCVP Wahlkreis Sursee und der JCVP Stadt Luzern. Ich habe das Privileg eine sehr gesunde und aktive Kantonalpartei übernehmen zu dürfen. Ich werde mein Bestes dafür tun, weiterhin auf Erfolgskurs zu bleiben.

**Meine Ziele** - Strukturell ist es mein Ziel, auch in den Wahlkreisen Willisau und Luzern Land eigene Wahlkreissectionen aufzubauen sowie die Aktivität der beste-

henden Wahlkreissectionen zu fördern. Dabei können wir auch von der breit abgestützten Basis unserer Mutterpartei CVP profitieren, welche in allen Wahlkreisen und Ortschaften im Kanton Luzern vertreten ist. Um den involvierten Jungen mehr bieten zu können und weitere politisch interessierte Junge zu erreichen, soll ausserdem das Angebot an gesellschaftlichen und politischen Anlässen stetig erweitert werden. Thematisch möchte ich mit der JCVP mehr Einflussnahme in unserer Mutterpartei CVP sowie der Luzerner Politik erwirken. Als JCVP Kanton Luzern sind wir das Sprachrohr einer jungen Generation von Christdemokraten innerhalb der CVP sowie im Kanton Luzern und möchten Themen, beispielsweise mit eigenen Initiativen oder Vorstössen, proaktiv bewirtschaften und in den entsprechenden Gremien einbringen. Nicht zuletzt möchte ich mit der JCVP Kanton Luzern weitere Erfolge an kommenden Wahlen erzielen, sei es das Halten unseres Einwohnerrats-sitzes in Kriens oder das Erlangen weiterer Sitze in Kommissionen sowie Stadt- und Einwohnerräten. Langfristig ist mein Ziel, dass die JCVP Einsitz nimmt in den Kantonsrat. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Einsitz von Jungparteien in solchen Gremien der beste Weg ist, um auch den Anliegen von uns Jungen politische Relevanz zu geben.

## Die JCVP Kriens an der Chilbi und Weihnachtsaktion am 23. Dezember

Von Michael Krummenacher

Wie bereits in den letzten Jahren konnte man auch an der diesjährigen Chilbi am Stand der JCVP wieder Mohrenköpfe gewinnen. Trotz zwischenzeitlicher Regenunterbrechung zeigte sich der Oktober von seiner besten Seite. Auch der neue Standort der Chilbi schien bei der Bevölkerung gut anzukommen. Jung und Alt schauten am Stand der JCVP Kriens vorbei und erfreuten sich an einem süssen

Dessert. Neben Spiel und Spass konnte auch der Kontakt mit der Krienser Bevölkerung gepflegt werden. Wir freuen uns bereits auf Krienser Chilbi im nächsten Jahr.

Feinste Backwaren und Butterzöpfe gibt es am Samstag, 23. Dezember wieder auf dem Hofmattplatz in Kriens. Die JCVP veranstaltet die traditionelle Weihnachtsaktion zugunsten einer wohltätigen Organisation aus Kriens. Seit vielen Jahren kommen dank den grosszügigen Krienserinnen und Kriensern namhafte Beträge für einen guten Zweck zusammen. Die JCVP freut sich auf ihren Besuch!



Davide Piras und Michael Krummenacher an der Chilbi

## **Billag – No Billag – Was ist die Billag?**

**Was genau ist die Billag und wofür werden die jährlich bezahlten Gebühren überhaupt gebraucht? Eine kurze Übersicht.**

*Von Esther Hagmann*

Die Billag AG ist ein Dienstleistungsunternehmen und Tochter-Firma der Swisscom. Ihren Sitz haben sie in Freiburg und beschäftigen ca. 230 Mitarbeiter. Seit 1998 ist die Billag AG vom Bund beauftragt, die Radio- und Fernsehgebühren zu erheben. Diese betragen 451 Franken pro Jahr. Alle Personen, die in der Schweiz wohnhaft sind, die Radio- und/oder Fernsehprogramme empfangen, müssen diese Empfangsgebühren bezahlen.

### **Abstimmung 2015**

Im Juni 2015 haben wir darüber das neue Radio- und Fernsehgesetz abgestimmt. Ab 2019 wird die Gebühr neu nur noch 365 Franken pro Jahr – 1 Franken pro Tag, betragen und wird nicht mehr von der Billag AG eingetrieben. Dies wird neu die Firma Serafe übernehmen. Ausserdem müssen neu alle Schweizer Haushalte die Gebühren zahlen, ausgenommen sind Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, ebenso taubblinde Menschen. Wenn nachgewiesen werden kann, dass keine betriebsbereiten Radio- und Fernsehgeräte in einem Haushalt vorhanden sind, ist eine Gebührenbefreiung während einer fünfjährigen Übergangsfrist möglich.

## **Gebühreennutzung**

Mit den Gebühren wird ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung von Radio und Fernsehen in der ganzen Schweiz geleistet. Die SRG macht damit Programmangebote und Sendungen in allen vier Landessprachen möglich. Ebenfalls werden lokale Radio- und Fernsehveranstalter aus allen vier Sprachregionen mit Gebührengeldern unterstützt.

Im Kanton Luzern wird Radio 3fach und der Regionalsender Tele 1 unterstützt.

## **Staatliches Fernsehen und Radio**

Das Angebot eines staatlichen Fernsehens und Radios ist in der Bundesverfassung verankert. Es soll zur Allgemeinbildung, Meinungsbildung kulturellen Entfaltung und zur Unterhaltung beitragen. In der Schweiz wird es von der SRG SSR (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft) produziert und publiziert. Für die Erfüllung des öffentlichen Auftrages erhielt die SRG im Jahr 2013 über 91% der Gebührengelder. Der Zusammenhalt der Schweiz, die Integration, Demokratie, Schweizer Kulturschaffen, Bildung, Unterhaltung sowie der Auslandsauftrag müssen sie mit ihrem Angebot fördern. Ebenso muss die SRG sachlich informieren.

Das staatliche Fernsehen und Radio soll durch die Gebührenfinanzierung unabhängig von wirtschaftlichen wie auch politischen Interessen sein. Eine Meinungsvielfalt soll garantiert werden, was eine wichtige Basis für unsere Demokratie ist.



## Der Schweizer Service Public in der Übersicht

**Obwohl der Begriff des „Service Public“ polarisiert, ist die Definition oft unklar. Je nach dem bedeutet er ganz etwas anderes. Für die aktuellen Diskussionen ist es wichtig, zu verstehen, was Service Public in der Politik bedeutet. Der Bundesrat hat den Begriff 2004 in einem Bericht definiert und die Leitlinien aufgezeigt.**

*Von Ramona Thalmann-Hüsler*

Der Bundesrat versteht Service Public als „politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen“ in fünf festgelegten Bereichen. Diese steht allen Leuten – das heisst unabhängig von sozialem Umfeld oder Region – erschwänglich hochwertig zu. Der Service Public ist explizit von Arbeitsmarkt-, Regional- und Wirtschaftspolitik sowie Finanzausgleich getrennt. Die nationale Politik legt einen Basiskatalog fest, dessen Inhalt reglementiert, überprüft und notfalls gefördert werden muss. Für die Finanzierung kann der Staat, wie wir – Billag sei Dank – alle wissen, Gebühren erheben. Monopole können – man denke an die Briefpost – zur Sicherung der Grundversorgung installiert werden. Wettbewerb wird grundsätzlich überall und vermehrt eingesetzt – am besten funktioniert er im Telecom-Bereich. Und zur Not können auch Steuern für Ziele – z.B. Bahnprojekte – eingesetzt werden.

## Post

Für Angebote der Post gibt es drei Kategorien. Der „reservierte Dienst“ umfasst die Briefpost. Diese muss von der Post in einer Monopolstellung – geschützt vor Mitbewerbern – erbracht werden. Auch der „nicht reservierte Dienst“ gehört zur Grundversorgung und ist für die Post ein Muss. Private Anbieter dürfen aber bei Paketen, Geldbezug, internationaler Post und regionalem Personentransport eigene Angebote abgeben. Im freien Wettbewerb dürfen alle Anbieter teilnehmen.

Die Vorgaben erlauben ausdrücklich, Leistungen der Grundversorgung mit Gewinnen der zweiten und dritten Kategorie zu unterstützen.

Die Poststellen sind nicht in die Kategorien eingebunden. Es heisst nur, die Post müsse ein „flächendeckendes Poststellennetz“ betreiben. Dies lässt grossen Interpretationsspielraum offen. Es stellt sich verstärkt die Frage, wo die Grenze der Poststellenschliessungen liegt und wann eine rote Linie überschritten wird. Der Bundesrat anerkennt heute den Unmut der Bevölkerung, ist jedoch von den Vorteilen der Agenturen überzeugt.

## Telekommunikation

Die Grundversorgungsdienstleistungen umfassten 2004 die Auskunftsdienste, Lenkung der Notrufe und Dienste für Hör- und Sehbehinderte. Zwei Punkte veranlassen heute zum Schmunzeln: Neben Telefon- und Internetanschluss musste auch der Fax-Anschluss sichergestellt sein und eine „ausreichende Anzahl öffentlicher Sprechzellen“ – mindestens eine pro poli-

tische Gemeinde – angeboten werden. Die Telekom-Branche ist wohl der am stärksten dem Wandel unterliegende Bereich des Service Public. Vieles, was 2004 noch wichtig war, wird heute kaum mehr benutzt. Deshalb ist der Katalog hier eng an die Bedürfnisse der Bevölkerung gekoppelt.

### **Elektronische Medien (Radio/TV)**

Dies ist der aktuell wohl umstrittenste Bereich des Service Public. Das Radio- und Fernsehgesetz verpflichtet alle Veranstalter, regionale Meinungsbildung, Kultur und Gesellschaft zu unterstützen. Der Bundesrat betrachtet Radio und TV als wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Alle Bürger sollen ein attraktives Angebot erhalten, das auch regionale Bedürfnisse befriedigt. Kleinere Sprachgruppen werden dazu quersubventioniert.

Den Grossteil übernimmt die SRG, die bewusst gestärkt wurde, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland zu stärken. Da die SRG allen etwas Passendes anbieten muss, kann sie eigentlich nur verlieren, da der Konsument – neben denjenigen Programmen, die er sehen und hören will – viel für ihn Uninteressantes geboten bekommt.

Die sprachliche Vielfalt und das grosse Angebot von Privatsendern im nahen Ausland beeinflussen den Schweizer Medienmarkt massiv. So stellt sich bei der Konkurrenz zu privaten Veranstaltern die Huhn-oder-Ei-Frage: Sind die Privatsender nicht stärker, weil die SRG zu stark ist – oder ist die SRG so gross, um eine Grundversorgung zu gewährleisten, die

von den kleinen, in Konkurrenz zum ausländischen Angebot, gar nicht erbracht werden kann?

### **Öffentlicher Verkehr**

Der öffentliche Verkehr sichert Mobilität, die als zentral für die Standortattraktivität gilt. Wir haben eines der sichersten, dichtesten und leistungsfähigsten Netze weltweit. Die Erschliessungshäufigkeit im subventionierten Regionalverkehr ist abhängig von der durchschnittlichen Fahrgastzahl. 32 Passagiere täglich geben Anspruch auf 4 Verbindungen – ab 500 Passagieren wird ein Stundentakt gewährleistet. Der Fernverkehr hingegen muss eigenwirtschaftlich betrieben werden, wobei er durch Subventionierung der Infrastruktur unterstützt wird.

Die Probleme blieben seit 2004 die gleichen: Sitzplätze zu Spitzenzeiten, Sauberkeit und die Sicherheit. Doch im objektiven Vergleich mit anderen können wir uns nicht beklagen. Das Angebot ist vielfältig und Pannen und Verspätungen sachlich gesehen wirklich klein.

### **Strassen**

Die Strassenpolitik bezweckt eine ausgewogene, regionale Entwicklung und eine gesteigerte Verkehrssicherheit. Der Bund besitzt keine Strassen, kann aber – durch Oberaufsicht und Finanzierung – direkten Einfluss auf die Gestaltung nehmen.

Schon 2004 waren Staustunden wegen Verkehrsüberlastung die grösste Herausforderung. Im Jahr 2000 gab es rund 11'500 Staustunden auf Nationalstrassen. Trotz aller Verbesserungen, Aus- und

Neubauten wuchs die Zahl bis 2016 um 127% auf 24'100 Stunden. Rund 88% davon entstanden wegen Verkehrsüberlastung (im Vergleich dazu waren es 2000 noch 71%)!

### **Ungleichheit von Anspruch und Realität**

Der Bericht des Bundesrats zog 2004 ein durchwegs positives Fazit. So einfach ist es heute aber nicht mehr. Die Kritik am Service Public ist gross. Aber stehen die Forderungen nicht im Gleichgewicht. Bei der Post werden andere Politikbereiche in die Problematik verwoben. Beim öV haben

### **Service public und die SRG**

**Die SRG ist ein Inbegriff des Service public und wird für ihre Arbeit nur selten kritisiert. Trotzdem brodelt es wegen der „No Billag“-Abstimmung schon jetzt, wie man das wohl nicht erwartet hat. War man in der Vergangenheit gegenüber der SRG allzu kritiklos, und hat man deshalb auf Fehlentwicklungen nicht reagiert?**

*Von Severin Zumbühl*

Wie sieht die SRG ihren Beitrag zum Service public? Auf ihrer Homepage tönt es so: *„Die SRG stellt mit ihrem Service public die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Radio- und Fernsehprogrammen sowie die Meinungsvielfalt sicher. [...] Und nicht zuletzt leistet die SRG einen Beitrag zum Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Landesteilen, zum Austausch zwischen den Sprachregionen und zum gegenseitigen Verständnis*

Verbindungen bis in den hintersten Weiler ihren Preis. Kapazitätsbewirtschaftung und Ausgleichsmassnahmen stehen auch auf der Strasse der stets gesteigerten Mobilität in Beruf und Freizeit gegenüber. Und im Radio/TV können Schweizer Anbieter im freien Markt gegen das Ausland nicht bestehen. Zumindest bei den Nachrichten sind wir auf eigene Produktionen angewiesen, da im Ausland kaum und oft verzerrt über die Schweiz berichtet wird.

Die Frage bleibt, was wir als Gesellschaft wollen und was wir bereit sind dafür zu bezahlen.

*der verschiedenen Kulturen. [...] Die SRG steht für Föderalismus und Zusammenhalt in der Vielfalt. Sie ist für alle da, Mehrheit und Minderheiten, kleine wie grosse Kantone, und dies in den vier Landessprachen. Die SRG bringt die Schweizer Vielfalt zur Geltung und schafft Identität, indem sie allen Sprachgruppen gemeinsame Erlebnisse vermittelt, sei es in der Volkskultur, bei eidgenössischen Ereignissen oder beim Sport.“*

### **Kritik an der SRG**

Das tönt alles sehr gut. Woher kommt nun aber die Kritik an der SRG, die in der „No-Billag“-Initiative einen Höhepunkt erreicht und am 4. März zum Showdown über die SRG führen wird?

Es ist einerseits die Kritik von privaten Medienanbietern, die ganz einfach ein wirtschaftliches Interesse an einem TV- und Radio-Markt ohne Dominanz eines staatlich finanzierten Betriebs wie der SRG

haben. Andererseits befürwortet etwa der Gewerbeverband die Initiative mit der Begründung, dass die Unternehmen keine Billag-Gebühren mehr bezahlen sollen.

Der grösste Kritikpunkt ist aber wohl derjenige am Auftreten und Selbstverständnis der SRG. Dazu hat Markus Somm, Chefredaktor der Basler Zeitung, jedoch Gegner der Initiative, in der hörenswerten Radiosendung „Roger gegen Markus“ gesagt, dass die SRG in der Vergangenheit nie ein derart politisches Thema gewesen wie in den letzten fünf Jahren. Das habe damit zu tun, dass sie im Vergleich mit privaten Verlagen und Radiostationen im Geld schwimme, und ihnen gegenüber zunehmend arrogant aufgetreten sei, wofür sie jetzt die Quittung erhalte. Die SRG gebärde sich wie ein privates Unternehmen und trete v.a. auf der SRF-Homepage in eine unzulässige direkte Konkurrenz mit den privaten Medienanbietern, die sich selber finanzieren müssen. Dies führe zu einer Verdrängung der privaten Anbieter und hat nun zur Folge, dass die SRG fast alle Printmedien in der Schweiz gegen sich aufgebracht habe, was im Abstimmungskampf nicht hilfreich sein wird.

Ausserdem hat die SRG offenbar die Tendenz, ihre eigene Bedeutung für den Zusammenhalt des Landes zu überhöhen. So hat etwa der ehemalige SRG-Generaldirektor Roger de Weck gesagt, die SRG sei einer der letzten Horte, die noch einen aufgeklärten Journalismus betreiben. Man soll die Bedeutung der SRG nicht unterschätzen, aber das tönt

etwas gar nach ungebührlicher Selbstüberhöhung.

### **Ist die SRG eine heilige Kuh?**

Der Publizist und Chefredaktor des „Schweizer Journalist“, Kurt W. Zimmermann, hat in einer Weltwoche-Kolumne eine interessante Entdeckung geschildert: Unter den Medienwissenschaftlern an den Schweizer Hochschulen gebe es niemanden, der die SRG auch kritisch betrachte, sondern die SRG werde in den Studien durchwegs kritiklos gelobt. Dies habe mit finanziellen Verflechtungen zu tun: Der einzige, der Kritik an der SRG übe, sei ein Publizistikprofessor in Lugano, der, oh Wunder, von der SRG und dem Bakom noch nie Geld für eine Studie erhalten habe. Dieser Professor ist der Ansicht, dass die SRG durch ihre Gebühreneinnahmen andere Anbieter konkurrenzieren und verdränge. Wenn die SRG so weitermache, würden in Zukunft womöglich nicht einmal eine Handvoll kommerzieller Medien überleben.

Ausserdem habe der frühere SRG-Generaldirektor Roger de Weck die SRG wie niemand vor ihm ideologisiert und politisiert, weshalb wir nun eine endlose Diskussion um Service public und die Marktmacht der SRG hätten.

Welchen Schluss ziehe ich daraus? Kritiklose Selbstüberhöhung und Lobhudelei ist nie gut, erst recht nicht bei einem gebührenfinanzierten staatsnahen Betrieb. Kommt hinzu, dass offenbar auch viele Politiker Beisshemmungen gegenüber der SRG haben; ein SRG-Vertreter hat

Gerhard Pfister gegenüber einmal gesagt, dass man nur seinen politischen Ambitionen schade, wenn man als Politiker die SRG kritisiere. Vielleicht ist deshalb Kritik an der SRG unter vielen Politikern ein Tabu geworden, weshalb Fehlentwicklungen wie die Verdrängung von privaten Medienanbietern lange nicht thematisiert wurden und jetzt mit voller Wucht auf die Oberfläche treten.

### **Die Bedeutung der Abstimmung nicht unterschätzen**

Der Radiopionier Roger Schawinski hat in seiner Radiosendung „Roger gegen Mar-

kus“ gesagt, ein Ja zu dieser Initiative werde die Schweiz stärker verändern als jede andere Abstimmung in den letzten 40 Jahren, weil die anschliessenden Umwälzungen und Entwicklungen in den Medien völlig unabsehbar seien. Auch wenn das vielleicht etwas übertrieben ist, ist diese Abstimmung eine grundlegende Richtungswahl in unserem Mediensystem. Sobald die Initiative (hoffentlich) abgelehnt ist, gilt es für die SRG, sich weniger selbstherrlich zu gebärden und den privaten Medienanbietern ein grösseres Stück vom Kuchen zu überlassen, indem sie sie weniger konkurrenziert.



**DROGERIE UND FARBEN  
MOOSSTR. 18-20 LUZERN  
TEL. 041 210 12 17  
WWW.GEHRIG-AG.CH**

## **Mit der JCVP nach Israel**

**Vom 23. – 29. Oktober 2017 hatten wir die Gelegenheit, mit der JCVP Schweiz eine Studienreise nach Israel zu machen. Organisiert wurde sie von der JCVP Schweiz und der Organisation Schweiz-Israel.**

*Von Esther Hagmann*

Ziemlich unvorbereitet machte ich mich mit meinem Koffer auf den Weg zum Flughafen nach Zürich. Ich hatte mich riesig auf diese Reise nach Israel gefreut. Wir würden viele spannende Orte besuchen und interessante Gespräche führen können. Zur Vorbereitung hatten wir von der Organisation Schweiz-Israel ein Büchlein bekommen mit Informationen zum Land allgemein, der Kultur, den Konflikten etc. Hätte ich es doch nur vor der Reise etwas häufiger aufgeschlagen, ich wäre wohl nie mit der Illusion nach Israel gegangen, nach der Reise den Nahost-Konflikt lösen zu können.

Drei Stunden vor Abflug mussten wir am Flughafen sein. Mit El Al zu fliegen, bedeutet spezielle Sicherheitskontrollen. Vor dem Einsteigen ins Flugzeug wurden wir vom Sicherheitspersonal befragt: Haben Sie den Koffer selbst gepackt? Haben Sie Geschenke dabei? Wie lange sind Sie schon Mitglied der Partei? Solche und weitere Fragen wurden gestellt. Uns wurde später erklärt, dass die Israelis enorm Angst hätten, dass irgendetwas ins Land geschmuggelt werden würde, das dem Land schaden könnte.

Als wir mit Verspätung in Tel Aviv gelandet waren, lernten wir auch schon unseren

Reiseführer, Moshe Gabay, kennen. Ein Schweiz-israelischer Doppelbürger, aufgewachsen in Appenzell, der dann in Israel in die Armee ging und im Land geblieben ist. Er begleitete uns auf der gesamten Reise und beantwortete uns unsere Fragen.

### **Haifa**

Am ersten Abend fuhren wir mit dem Bus direkt nach Haifa, eine Hafenstadt im Norden Israels. Das erste Israelische Abendessen im Hotel schmeckte mir zumindest sehr gut. Einige jedoch hatten schon am ersten Abend genug von Humus, Falafel und Co.

Am nächsten Tag besuchten wir das Technion, das ETH-Pendant in Israel. Das Land ist eines der weltweit führenden Länder im IT-Bereich, so haben sich auch Technologiekonzerne wie Google oder Microsoft in Israel angesiedelt. Ebenso wird die Nation führend im Startup-Bereich angesehen. Scheitern wird, im Unterschied zur Schweiz, besser akzeptiert. Tatsächlich werden nur wenige der gegründeten Firmen später erfolgreich.

### **Kibbuz am See Genezareth**

Später fuhren wir mit unserem Tour-Bus weiter an den See Genezareth, wo wir das Kibbuz Degania Alef besuchten. Ein Kibbuz ist eine sozialistische Gemeinschaft, Kleidung und Essen werden geteilt, alle übrigen Kosten, wie Arztbesuche oder auch eine Hochzeit, werden von der Gemeinschaft getragen. In einem Hotel, das zum Kibbuz gehört, hatten wir übernachtet. Beim Abendessen machten wir Be-

kanntschaft mit koscherem Wein. Dieser wird vor dem Trinken aufgeköcht und schmeckt nachher ziemlich sauer.

Etwas enttäuscht war ich vom Jordan, gleich er doch eher einem Bach als einem reissenden Fluss, so wie ich ihn mir vorgestellt hätte.

### **Golan-Höhen**

Am dritten Tag besuchten wir die Ruinenstadt Capernaum, dem Ort, wo Jesus früher gepredigt haben soll. Im Anschluss danach fuhren wir auf die Golan-Höhen. 1967 wurde dieses Gebiet im Sechstagekrieg von Israel erobert, es gehört aber rechtlich gesehen immer noch zu Syrien. Die UNO hat im Grenzgebiet zwischen Israel und Syrien inzwischen eine demilitarisierte Zone errichtet, die von Blauhelmsoldaten kontrolliert wird. Es war ein spezielles Gefühl, sich vorzustellen, welches Leid nur wenige Kilometer weiter herrscht. Die Situation wurde noch spezieller, als wir im von Israel gebauten Coffee Shop auf dem Golan bei einem Erfrischungsgetränk mit einem israelisch-libanesischen Christen über seine Situation und seine Rolle im Konflikt sprachen.

### **Masada und das Tote Meer**

Am Samstag fuhren wir weiter ans Tote Meer, wo wir Masada, die Ruine des Winterpalastes von König Herodes, besuchten. Bei 40° C im Schatten erfuhren wir, dass der Ort ebenso die Bühne einer Schlacht zwischen Römern und Juden war.

Das anschliessende Baden im Toten Meer war weniger eine Abkühlung. Das Wasser

ist ziemlich warm und wegen des hohen Salzgehaltes sollte man auch nicht allzu lange drinbleiben. Schwimmen konnte man nicht wirklich, am besten legt man sich auf den Rücken und lässt sich im Wasser treiben. Nicht allzu angenehm war auch, wenn das Salzwasser auf kleinste Hautwunden traf, es brannte fürchterlich. Beindruckend aber auch erschreckend zugleich war, wie schnell das Wasser des Toten Meeres absinkt. Dadurch trocknet das unterirdisch abgelagerte Salz aus, es bilden sich Hohlräume und Gebiete am Ufer stürzen regelmässig ein, was auch eine grosse Gefahr für öffentliche Strände und Touristenanlagen ist.

### **Tel Aviv**

Nach der «Abkühlung» im Toten Meer folgte die richtige Abkühlung im Mittelmeer in Tel Aviv. Die Busfahrt führte uns durch Jerusalem, wo wir zum ersten Mal die riesige Betonmauer/ hoher Stacheldrahtzaun zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem sahen.

Tel Aviv erlebte ich mehr als nur gegensätzlich zu dem, was wir bei der Durchfahrt durch Jerusalem gesehen hatten. Man liegt im Bikini und Badehose am Strand, trinkt Alkohol, feiert Partys und geniesst das Leben.

Dass ich mich in Israel befand, wurde mir erst am nächsten Tag wieder so richtig bewusst, als wir zum Frühstück in der Residenz der Schweizer Botschaft eingeladen waren. Spannend für mich war hauptsächlich der Bericht der Vize-Botschafterin über die Schweizerisch-Israelischen Beziehungen und die Haltung

der Schweiz im Nahostkonflikt. Die Schweiz unterstützt aktiv die Zweistaatenlösung. Der Friedensprozess ist jedoch leider aktuell etwas blockiert. Sie berichtete uns weiter, welche Veranstaltungen sie für die Zivilbevölkerung organisieren würden, um das gegenseitige Verständnis zu fördern.

## **Jerusalem**

Später in Jerusalem genossen wir eine Altstadtführung, eines der eindrücklichsten Erlebnisse für mich auf dieser Reise. Die Reliquienkultur in der Grabeskirche erschreckte mich, während die Stimmung an der Klagemauer überwältigend war. Zumindest auf der «Frauen-Seite» wurde gebetet und es herrschte ein echter Frieden auf diesem kleinen Fleckchen Erde. Ich habe mich so sicher gefühlt, der Konflikt war wie weggeblasen. Dennoch ist die Altstadt auch geprägt von Mauern. Zum Felsendom haben Touristen kaum Zugang, darin beten dürfen nur Muslime.

## **Das besetzte palästinensische Gebiet**

Am Montag, am letzten Tag unserer Reise, besuchten wir das Westjordanland. Bevor wir nach Ramallah fahren, führte unser Weg nach Rawabi. Etwas so Komisches habe ich noch selten erlebt. 2012 war auf dem Gebiet noch nichts. Nun steht dort eine Luxusstadt, mit bereits über 1000 Wohnungen. Ebenso wurden Kinos, Cafés, Modeboutiquen, ein Amphitheater und vieles mehr gebaut. Es wird über Rawabi gesprochen, als würden dort schon ziemlich viele Menschen wohnen, als sei hier alles möglich, als sei es die neue Wirt-

schaftsmetropole Palästinas. Jedoch wirkte die Stadt ziemlich trostlos und ausgestorben. Auf die Nachfrage beim Architekten der Stadt, wer das Ganze finanzieren würde, antwortete er: Qatar. Ich bin gespannt, wie viel man noch von Rawabi hören wird.

Später in Ramallah besuchten wir die Schweizer Mission. Wir erfuhren Interessantes zum Konflikt und zur Situation in den Palästinensischen Gebieten. Ausserdem wurde für uns eine Diskussionsrunde organisiert mit Vertretern der palästinensischen Zivilgesellschaft und der PLO. Schnell stellten wir fest, dass selbst diese wenigen Personen nicht einer Meinung sind und es auch innerhalb der Fatah und der Hamas keine politische Einigkeit herrscht. Im Grundsatz sind sie sich selbst uneinig beziehungsweise wissen auch nicht wirklich, was sie überhaupt wollen.

## **Yad Vashem**

Am Nachmittag besuchten wir die Holocaust-Gedenkstätte. Spannend, einmal die Sicht der «Opfer» zu sehen und zu hören. Die Stätte möchte den einzelnen Menschen ins Zentrum stellen, der die Grausamkeit des Dritten Reiches erleben musste. So sind viele persönliche Gegenstände zu sehen. Ebenso zeigt das Museum, was nach dem 2. Weltkrieg folgte, die Suche der Juden nach einer neuen Heimat, die ebenso mit Hindernissen verbunden war.

## **Die Geschichte vervollständigt sich**

Am Montagabend fügten sich schlussendlich viele Puzzleteile zusammen, als wir



mit dem arabisch-israelischen Journalist Abu Khaled Toameh sprachen. Er ist der einzige Journalist, der sowohl für die palästinensischen, wie auch für die israelischen Medien schreibt.

Er erklärte uns, ein grosses Problem sei, dass sich die Palästinenser in Bezug auf den herrschenden Konflikt selbst uneinig seien, was sie überhaupt wollen und dass sie zuerst die innenpolitischen Konflikte zwischen den Fatah und den Hamas lösen müssen, bevor überhaupt an eine Einigung mit Israel gedacht werden könne. Weiter hätte Palästina keine echte Leader-Figur mehr, die mit Israel verhandeln könnte.

Natürlich kam auch die israelische Siedlungspolitik zur Sprache, die ebenso wenig zu einer Konfliktlösung beiträgt.

## Sderot

Bevor wir schlussendlich am Dienstag zum Flughafen fahren, besuchten wir die Stadt Sderot, die direkt an den Gaza-Streifen

grenzt. Die Stadt ist vor allem deshalb bekannt, weil sie ständig mit Raketenangriffen der Hamas rechnen muss. Jedes Haus hat einen eigenen Bunker, jede Bushaltestelle, jeder Spielplatz ebenso. Wegen des Raketenabwehrsystems muss die örtliche Polizei die Raketen jedoch praktisch nur noch zusammenlesen. Ausgestellt werden die Teile öffentlich vor dem Polizeiposten.

## Fazit

In einer Woche haben wir dermassen viel erlebt, dass es einige Zeit dauerte, um das Erlebte zu verarbeiten.

Nach dieser Reise kann ich den Nahostkonflikt sicherlich nicht lösen, vielmehr sehe ich, wie unlösbar er ist. Ich vermute, dass nicht nur die verschiedenen politischen Standpunkte Probleme bereiten, sondern der religiöse Konflikt viel tiefer geht. Die Vermischung eines politischen und eines religiösen Konfliktes wird ziemlich komplex und schier unlösbar.



Gruppenfoto in der Ruine Masada, im Hintergrund das Tote Meer

## **200 Jahre Philipp Anton von Segesser (1817-1888)**

### **Ein konservativer Luzerner Denker und Staatsmann**

*Von Mike Bacher*

Unter den grossen Vordenkern und Wegbereitern der heutigen CVP ragt eine Gestalt besonders empor: Der Luzerner Staatsmann Philipp Anton von Segesser, der am 5. April dieses Jahres 200 Jahre alt geworden wäre. Gerade er, der Parteistrukturen skeptisch gegenüberstand, wurde durch seine Politik zur Gallionsfigur der damaligen konservativen Bewegung, die schliesslich 1912 in der Gründung der „Schweizerischen Konservativen Volkspartei“ (KVP) – seit 1970 CVP – mündete.

### **Eine Wahl unter schwierigen Vorzeichen**

Nach dem Sonderbundkrieg 1847 waren die Konservativen auf breiter Ebene geschlagen und zogen sich in ihre Stammländer zurück. In Luzern und Freiburg musste sich die Bevölkerung gar eine liberale Regierung gefallen lassen, welche von den Siegern kurzerhand eingesetzt wurde. Hinzu wurde mit einer passenden „Wahlkreisgeometrie“ und entsprechenden Verfassungsbestimmungen dafür gesorgt, dass diese eingesetzte Regierung noch auf lange Zeit am Ruder bleibt. Kein Wunder, dass fast alle Luzerner Nationalräte, die 1848 im Zuge der neuen Bundesverfassung gewählt wurden, den Liberalen angehörten. Einzig im Kreis Rothenburg war die Anzahl an konservativen Stimmen so hoch, dass sich die Liberalen nicht

trauten, das Ergebnis „anzupassen“. Gewählt wurde der junge Luzerner Ratschreiber Philipp Anton von Segesser, zu diesem Zeitpunkt 31 Jahre alt.

### **Die „historische Rechtsschule“ als Ausgangspunkt**

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte von Segesser eher im unscheinbaren Rahmen gewirkt. Aus einer verarmten Luzerner Patriarchenfamilie stammend besuchte er die Schulen und das Kollegium in Luzern. Es folgte ein Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in Bonn, Heidelberg, Berlin und München. Er studierte bei einigen der renommiertesten Wissenschaftler seiner Zeit, insbesondere Leopold von Ranke und Friedrich Carl von Savigny. Savigny galt als einer der Begründer und wichtigster Repräsentant der „historischen Rechtsschule“. Diese ging davon aus, dass das Recht nicht einfach abstrakt entsteht, sondern Teil des Volkslebens ist, welches sich im Lauf der Geschichte zeigt und entfaltet. Der Jurist habe also primär das Recht im Verlauf seiner Geschichte und seinem Bewusstsein im Volk zu untersuchen. Die historische Rechtsschule ist also ihrer Natur nach konservativ und auf Kontinuität gerichtet. Segesser wird sie ein Leben lang auch in der Politik beherzigen.

### **Die „Feinde des Vaterlandes“**

Zunächst folgte aber die schwierige Eingliederung in den neuen Bundesstaat. Die wenigen konservativen Nationalräte, zu meist aus den Urschweizer Kantonen, sammelten sich unter der Führung Philipp Anton von Segessers in Bern. Hatte er

anfangs noch Hoffnung, einen Ausgleich mit der liberalen Mehrheit zu finden, zerbrach sich diese rasch. In Bern musste er erkennen, dass die Vertreter der konservativen Minderheit nicht nur als politische Gegner, sondern gar als Feinde und Landesverräter angeschaut wurden. Sein politischer Gegenspieler Alfred Escher drückte dies als Nationalratspräsident 1849 am direktesten aus, wenn er im Rat sagte: „Wir kennen sie alle, diese eingefleischten Feinde unseres wiedergeborenen Gesamtvierkantons.“ Deutlicher konnte die Verachtung der Mehrheit gegenüber der Minderheit nicht gezeigt werden.

### **Der konservative Wahlsieg 1871**

Gerade in dieser Situation war Philipp Anton von Segesser der richtige Mann. Sachlich, aber mit einer kräftigen Portion Ironie und Standhaftigkeit vertrat er die konservative Sache. Schliesslich gelang 1871 das Unerwartete: Das Luzerner Volk schüttelte mit einem überragenden Mehr die liberale Herrschaft ab und die Konservativen errangen einen umwälzenden Sieg. Doch selbst in dieser Situation bewahrte Segesser Ruhe und zeigte menschliche Grösse. Er setzte sich vehement dafür ein, dass drei der sieben Regierungsratssitze mit bisherigen Liberalen besetzt wurden. Trotz – oder gerade aufgrund – der jahrzehntelangen persönlichen Anfeindungen wollte er die Liberalen einbinden, um langfristig ein stabiles System für die Luzerner Politik zu gewährleisten und die gegenseitige Zusammenarbeit zu ermöglichen.

### **Zwischen den Fronten – Der Kulturkampf**

Doch noch während des Wahlkampfes und dem anschliessenden Wahlsieg der Konservativen verdüsterte sich der politische Himmel am Horizont. Das I. Vatikanische Konzil hatte 1870 die Unfehlbarkeit des Papstes als Dogma verkündet. Dies nahmen die Liberalen zum Anlass, um wiederum gegen die katholische Kirche und ihre Anhänger vorzugehen (Kulturkampf). Segesser, der im Laufe der Konzilsberatungen öffentlich gegen die Unfehlbarkeitslehre Stellung genommen hatte, geriet zwischen die Fronten. Nur mit Mühe gelang es ihm, den Kanton Luzern weitgehend aus dem Kulturkampf der 1870er Jahre herauszuhalten. An der späteren Beruhigung des Kulturkampfes in der Eidgenossenschaft hatte er einen wichtigen Anteil. Als er am 30. Juni 1888 als Luzerner Regierungsrat und Nationalrat starb, ehrten auch die Liberalen ihren einstigen Gegner.

### **Moderne Ideen – konservative Grundlage**

Eine Besonderheit an Philipp Anton von Segesser war der Rückgriff auf Ideen, die im 19. Jahrhundert dem liberalen Bürgertum als veraltet erschienen, im 21. Jahrhundert aber eine neue Aktualität erfuhren. Besondere Eckpunkte sind insbesondere die Betonung des Föderalismus, der in Segessers politisches Wirken die oberste Priorität besass. Ein weiterer Ansatz war das Element des Heimat- und Naturschutzes (er war ein Kritiker des absoluten Primats der Wirtschaft und der entfesselten Industrialisierung), ebenso die Besin-

nung auf die eigentlichen Kernaufgaben des Staates oder die Kritik am bürgerlichen Familienmodell. So bekämpfte er die eidgenössische Zivilehe, an deren Stelle er vielmehr einen reinen „bürgerlichen Vertrag“ sah, welcher den Staat wenig angehe. Angesichts der aktuellen Debat-

## **Sebastian Kurz als Wegweiser für die CVP**

**Der 31-jährige Sebastian Kurz hat mit unserer Schwesterpartei ÖVP in den österreichischen Parlaments- und Kanzlerwahlen das beste Resultat erzielt. Er hat seinen Wahlkampf vor allem auf Migrationsfragen fokussiert. Was heisst das für die CVP und für uns als Jungpartei?**

*Von Severin Zumbühl*

Wie verliert eine christdemokratische Partei Wahlen? Indem sie, wie Kanzlerin Merkel in Deutschland, die staatliche Kontrolle über die Zuwanderung aufgibt, hunderte-tausende nicht registrierte Migranten einreisen lässt und die darauffolgenden Bedenken der Bevölkerung zu lange nicht ernst nimmt und als fremdenfeindliches Gehabe missversteht.

Wie gewinnt eine christdemokratische Partei Wahlen? Indem sie, wie der neue österreichische Kanzler Sebastian Kurz, jederzeit die Kontrolle über die Zuwanderung behält, Probleme wie den politischen Islam und Parallelgesellschaften klar benennt und bekämpft und gemäss der Er-

ten um die „Öffnung der Ehe“ ein durchaus zukunftsträchtiger Ansatz für die CVP.

*Mike Bacher war von 2008-2012 Generalsekretär der JCVP Schweiz und ist seit 2011 Präsident der CVP Engelberg*

kenntnis handelt, dass der ungebremste Zustrom von Migranten nach Westeuropa keine Lösung für niemanden sein kann und demzufolge die Balkanroute schliesst. Seine Partei, die ÖVP, wird als Schwesterpartei der CVP bezeichnet und zu den christdemokratischen Parteien Europas gezählt.

Die Wahl von Kurz zum österreichischen Bundeskanzler wurde dadurch begünstigt, dass die Flüchtlinge und Integration im Wahlkampf die wichtigsten Themen waren und er konsequent auf diese Themen setzte und die Themenführerschaft der rechten Partei FPÖ entriss. Er war einer der ersten europäischen Politiker, die die Willkommenskultur von Angela Merkel kritisierten: „Die Flüchtlinge suchen keinen Schutz, sondern ein besseres Leben. Das kann Österreich ihnen nicht bieten“.

Damit wären die Herbstwahlen dieser beiden Nachbarländer und das Abschneiden unserer Schwesterparteien kurz zusammengefasst. Die CDU/CSU hat sich unter Merkel nach links verschoben und 8 % verloren; die ÖVP hat sich unter Kurz nach rechts verschoben und 7 % gewonnen.

## **Das Parteiprogramm von Kurz**

Und wo steht die Schweiz, wo steht die CVP? Ist die Christdemokratie dann erfolgreich, wenn sie sich rechts der Mitte positioniert? Diese Ansicht wird durch die Wahlergebnisse in Deutschland und Österreich gestützt.

Betrachten wir dazu ein paar Punkte des Parteiprogramms von Sebastian Kurz: „Keine illegale Migration zulassen“; „Null Toleranz gegenüber dem politischen Islam zeigen“; „Zuzug von Migranten deutlich beschränken“; „Balkanroute schliessen“; „Parallelgesellschaften verhindern“.

Solche Forderungen würden hierzulande wohl viele der SVP und vielleicht noch dem konservativen Flügel der CVP zuschreiben. In Österreich jedoch war es Sebastian Kurz von der C-Partei, der diese Dinge sachlich, anständig und überlegt thematisierte und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlug: Er verhinderte den Wahlsieg der rechten FPÖ, der vor einigen Monaten noch ein viel besseres Resultat prognostiziert wurde, und sein mutiger und offensiver Umgang mit diesen brennenden Themen wurde von den Wählern honoriert.

## **Aktiv- und Passivthemen**

Er hat einmal in einem Interview vom Beginn seiner politischen Karriere erzählt, als er die Probleme mit der Integration von Migranten thematisieren wollte. Man habe ihm gesagt, das sei ein Passivthema, das die ÖVP nicht von sich aus thematisiere; er solle lieber über ein Aktivthema wie Bildung usw. sprechen. Kurz hat das Passiv- zum Aktivthema gemacht und gewonnen.

Ich hatte lange den Eindruck, dass diese Themen rund um die Migration auch in der CVP ein Passivthema waren. Weite, weite Teile der konservativen Wählerschaft vor allem der Innerschweiz überliess man der SVP. Es wurde Zeit, dass mit Gerhard Pfister diese Entwicklung gebremst wird.

## **Sozial-konservative Positionierung**

Wandeln wir die Eingangsfrage ab: Wie gewinnt die CVP Wahlen? Meine Antwort: indem sie sich an Sebastian Kurz orientiert und sich rechts der Mitte positioniert! Die CVP sollte sich deshalb nicht länger zurückhalten, Teile der Migrationspolitik der SVP zu übernehmen und wieder zu jener konservativen Kraft zurückzufinden, die sie einst so stark machte. Folgerichtig hat unser Parteipräsident Gerhard Pfister in der Erkenntnis, dass es neben der SVP Platz gibt für eine konservative Partei eigener Prägung, die CVP als „sozial-konservative“ Kraft positioniert und das erfolglose Label „sozial-liberal“ gestrichen. Das ist meiner Meinung nach der richtige Weg.

## **Der Jungpolitiker Sebastian Kurz**

Aber zurück zu Sebastian Kurz: für uns als Jungpartei ist doch das Faszinierendste an ihm, dass er erst 31-jährig ist! Mit 25 Jahren wurde er Staatssekretär, mit 27 Jahren Österreichischer Aussenminister. Im vergangenen Juli wurde er Parteichef der ÖVP, die im Oktober mit seiner Wahlliste „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“ zur stärksten Partei wurde.

Wie war dieser Aufstieg möglich? Geholfen hat sicher, dass das Parteiensystem in Österreich, ähnlich wie in Frankreich, in der Bevölkerung an Rückhalt verloren hat und als schwerfällig und rückständig galt. Sein rascher Aufstieg in der ÖVP hängt mit der schlechten Verfassung dieser Partei zusammen: Die Strukturen der ÖVP waren verkrustet, die Parteileitung in ihrer Handlungsfähigkeit durch starke Landesverbände und Interessengegensätze innerhalb der Partei blockiert und die Wahlprognosen waren schlecht. Deshalb konnte Kurz sogar noch Bedingungen für die Neuausrichtung der Partei stellen, als er im Mai den ÖVP-Parteivorsitz übernahm. Er erhielt die alleinige Entscheidungskompetenz über Personalfragen, was die Macht der ÖVP-Sektionen und der Landesverbände, die ein Merkmal der heterogenen Partei sind, schmälerte. Er durfte die Wahlliste allein zusammenstellen, und bei der Erstellung der Wahllisten – bis anhin ein wichtiger Faktor für die Macht der Vorsteher der Parteisektionen – erhielt Kurz ein Vetorecht. Er wird zudem die inhaltliche Linie der ÖVP vorgeben sowie freie Hand in Koalitionsverhandlungen und bei der Auswahl des Regierungsteams haben. Damit wurde der Wahlkampf der ÖVP ganz auf seine Person zugeschnit-

ten, und er wurde so zum mächtigsten Parteichef Österreichs.

Es ist eindrücklich, wie eine ganze Partei ihre Geschicke in die Hände eines jungen Parteimitglieds gelegt hat; aber der Poker hat sich ausbezahlt. Und offenbar war in Österreich der Wunsch nach Erneuerung und einem neuen Gesicht so gross, dass nicht nur die ÖVP, sondern ganz Österreich seine Geschicke in die Hand eines 31-jährigen legt, ähnlich wie Emmanuel Macron in Frankreich. Das Rezept dafür war ein politisches Jungtalent, das sachlich und anständig politisiert, der Wunsch in der Bevölkerung nach frischem Wind in der Politik sowie die Schwerpunktsetzung auf die Migrationspolitik.

Vielleicht mögen manche in der JCVP von einer solchen Karriere träumen! Und recht hätten sie, schliesslich dient eine Jungpartei auch dazu, sich die Hörner abzustossen und nach dem Unwahrscheinlichen zu streben. Indessen ist es aber vielleicht doch besser, wenn solche Senkrechtstarts in der Schweiz unwahrscheinlich sind. Schliesslich ist das doch eigentlich ein Beweis der Stabilität des Schweizerischen politischen Systems und des intakten Vertrauens der Bevölkerung in die politischen Parteien!

## Gesichter der JCVP

### Lara Helfenstein

**Lara ist Mitglied der JCVP Stadt Luzern, 19 Jahre alt und arbeitet als Kauffrau in einem Reisebüro.**

*1. Wie hast du zur JCVP gefunden, und wieso bist du geblieben?*

Schon als kleines Mädchen habe ich oft darüber nachgedacht, was in meiner kleinen Welt im schönen Luzern um mich passiert und mich oft mit dem Thema Recht/Unrecht auseinandergesetzt. Umso älter ich wurde, desto stärker wuchs in mir der Drang mich für meine Generation einzusetzen und mich mit meinen Mitmenschen über eine vernünftige und friedliche Zukunft stark zu machen. Durch einen Bekannten aus meinem Heimatort Littau habe ich zur JCVP Stadt Luzern gefunden und schnell bemerkt, dass ich auf einen aufgestellten, konstruktiven und motivierten Haufen getroffen bin mit dem ich gerne bereit bin für unsere Stadt und unsere Mitmenschen mitzudenken und mitzuhelfen.

*2. Was sind deine politischen Schwerpunkte? Welches politische Thema liegt dir besonders am Herzen?*

Meine politischen Schwerpunkte konzentrieren sich auf eine gesunde Balance zwischen einer starken Wirtschaft und einem ausgeprägten Familienleben mit vielen Möglichkeiten für eine tolle Freizeitgestaltung. Besonders am Herzen liegen mir dabei die vielen Vereine, die wir in Luzern haben, die das Zusammenleben



der jüngeren und älteren Generationen stärken.

*3. Wie kann die JCVP mehr junge Menschen begeistern?*

Mehr junge Menschen begeistern heisst für mich eine starke Präsenz auf sozialen Medien und dies auf eine lockere Art & Weise. Ein gewisses Grundinteresse braucht es natürlich schon von jedem selbst.

*4. "Service public" ist ein Stichwort, das in der Politik immer wieder erwähnt wird. Was bedeutet Service public für dich?*

Service Public bedeutet für mich, dass die Grundversorgung von Infrastruktur und Dienstleistungen für das ganze Volk angeboten werden.

*5. Was sind die Billag-Gebühren für dich: Zwangsgebühren oder ein wichtiger Beitrag zum Service public oder eine Mischung zwischen beidem?*

Eine Mischung zwischen beidem.

## Nein zu einer Medienwüste Schweiz – Nein zu No-Billag

Gastkolumne von Martin Candinas

Am 4. März 2018 kommt die No-Billag-Volksinitiative zur Abstimmung. Dieses radikale und gefährliche Vorhaben verlangt nichts weniger als die totale Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren in der Schweiz. Es wäre nicht nur Sendeschluss für das öffentliche Medienhaus SRG. Es wäre auch Sendeschluss für 34 regionale und lokale private Radio- und Fernsehanbieter mit Gebührenanteil. Die regionale und viersprachige Berichterstattung würde weitgehend verschwinden. Ein Ja zu No-Billag wäre unserer solidarischen Schweiz nicht würdig. Obschon die Deutschschweiz rund 70 Prozent der Bevölkerung ausmacht, erhält SRF von jedem Gebührenfranken nur 43 Rappen. Der Rest kommt den anderen Landesteilen zugute.

Ein Ja zu No-Billag würde nur Verlierer bringen. Für den Schweizer Film sähe es schwarz aus: Kein kommerzieller Partner würde wohl 40 Millionen pro Jahr in den Schweizer Film investieren. Für die Schweizer Musikerinnen und Musiker wäre es ein massiver Schlag, sie verlören ihre Bühne, müssten an Bekanntheit einbüßen. Und die Menschen mit Sinnesbehinderung verlören ohne Untertitelung und Gebärdensprache die Möglichkeit, Fernsehprogramme zu verfolgen. Wollen wir das? Wohl kaum.

Dank den Empfangsgebühren hat die Schweiz ein breites Programmangebot, das für kommerzielle Anbieter völlig unprofitabel wäre. Die Initianten blenden diese



Realität einfach aus und behaupten, dass alles, was privat sei, auch billiger und besser wäre. Die Finanzierbarkeit und Zahlungsbereitschaft vom Publikum gibt es allenfalls für Serien oder Livesport, allen voran Fussball. Die Preise für das Bezahlfernsehen, das Pay-TV, lägen aber deutlich höher als die gesamten Gebühren für das Vollprogramm der SRG. Ein Blick ins nahe Ausland genügt. Randsportarten wie z. Bsp. Volleyball, Leichtathletik oder Schwimmen blieben natürlich gänzlich auf der Strecke.

Es ist eine Tatsache, dass der freie Markt den Medienplatz Schweiz nicht unabhängig oder vielfältig macht. Im Gegenteil. Die Medienkonzentration in der Deutschschweiz war noch nie so stark wie heute: Die drei grössten privaten Medienhäuser vereinen über 80 Prozent des Pressemarktes auf sich. Vor 15 Jahren waren es noch 56 Prozent. Die Eliminierung der SRG und der 34 regionalen und lokalen privaten Radio- und Fernsehanbieter mit



Gebührenanteil würde zu einer Stärkung der ausländischen Kanäle führen. Die Schweiz würde nur verlieren.

Die SRG ist keine heilige Kuh. Sie muss sich wandeln. So muss sie beispielsweise die Unterscheidbarkeit zu den privaten Medien stärken und mehr Mittel für die Informationssendungen einsetzen. Es ist aus staatspolitischen Gründen aber unerlässlich, dass die Schweiz weiterhin über einen unabhängigen und umfassenden medialen Service public verfügt. Die No-

Billag-Volksinitiative ist ein Frontalangriff auf die eidgenössische Solidarität und die schweizerische Identität. Eine Annahme der Initiative würde in unserem Land eine mediale Wüste hinterlassen. Darum empfehle ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, diesem unverantwortlichen Kahlschlag eine Abfuhr zu erteilen.

*Martin Candinas (37) ist CVP-Nationalrat des Kantons Graubünden*

Steuerberatung  
Vorsorgeplanung  
Unternehmensberatung  
Rechnungswesen  
Wirtschaftsprüfung  
Liegenschaftsverwaltung

**revimag**  
treuhand ag

Baselstrasse 44  
6252 Dagmersellen  
Telefon 062 748 31 41  
[www.revimag.ch](http://www.revimag.ch)

## Patronatskomitee

Christian Blunsi, Einwohnerrat, Emmenbrücke  
Markus Dürr, alt Regierungsrat, Malters  
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Altishofen  
Kathrin Graber, Einwohnerrätin, Kriens  
Konrad Graber, Ständerat, Kriens  
Guido Graf, Regierungsrat, Pfaffnau  
Marcel Hurschler, alt JCVP-Kantonsrat, Sempach  
Pirmin Jung, ehem. Präsident CVP Luzern, Eschenbach  
Luzia Kurmann, Buchs  
Christoph Lengwiler, alt Kantonsrat, Kriens  
Ruedi Lustenberger, alt Nationalratspräsident, Romoos  
Erna Müller-Kleeb, alt Kantonsrätin, Rickenbach  
Daniel Piazza, Kantonsrat, Malters  
Marlis Roos Willi, Kantonsrätin, Geiss  
Martin Schwegler, ehem. Präsident CVP Luzern, Menznau  
Anton Schwingruber, alt Regierungsrat, Werthenstein  
Xaver Vogel, Menzberg  
Franz Wicki, alt Ständerat, Grosswangen  
Franz Wüest, alt Kantonsrat, Ettiswil  
Pius Zängerle, alt Kantonsrat, Adligenswil

## Impressum

**Auflage** 1630 Exemplare

**Redaktionsleitung** Severin Zumbühl, Maihofstrasse 71, 6006 Luzern, [jcvp-jmpuls@gmx.ch](mailto:jcvp-jmpuls@gmx.ch)

**Redaktion** Ramona Thalmann-Hüsler, Till Haechler, Esther Hagmann, Tobias Käch,  
Michael Krummenacher

**Layout** Esther Hagmann, [esther\\_hagmann@hotmail.com](mailto:esther_hagmann@hotmail.com)

**Präsident der JCVP Kanton Luzern** Elias Meier, Münigenstrasse 5a, 6208 Oberkirch,  
[elias.meier@jcvpluzern.ch](mailto:elias.meier@jcvpluzern.ch)

**Adressverwaltung** Lukas Graf, Halde 22, 6263 Richenthal, [lukas.graf@jcvpluzern.ch](mailto:lukas.graf@jcvpluzern.ch).

**Inserateverwaltung** Martin Fischer, [art.fischer@bluewin.ch](mailto:art.fischer@bluewin.ch)

Der «Jmpuls» erscheint viermal jährlich zuhanden der Abonnenten, der Mitglieder der JCVP Luzern sowie der Spender des «Jmpuls» und der JCVP Luzern. Die Abonnementskosten betragen jährlich 10 Franken. Für JCVPler ist der Jmpuls kostenlos. Verlegerin ist die JCVP Luzern.



AZB

6110 Wolhusen

Keine Adressberichtigungen